

1 Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, am 10.12.1948 verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen

2 Präambel

1,2,3,4

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

2,3,4,5

da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, ...

3,4,5,6

da es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, ...

alle

verkündet die Generalversammlung diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal ...

2 Artikel 1

7,8,9,10,11,12

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

2 Artikel 2

1,2,3,4,5,6

Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigen Stand.

2 Artikel 3

3,4,5,6,7,8

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

2 Artikel 5

7,8,9,10,11,12

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. ...

2 Artikel 14

alle

Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. ...

1 Aus der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, einstimmig beschlossen vom Kongress am 4. Juli 1776

alle

Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich:

1,2,3,4

dass alle Menschen gleich geschaffen sind;

2,3,4,5

dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind;

3,4,5,6

dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören;

4,5,6,7

dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingerichtet werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten;

8,9,10,11,12

dass, wenn irgendeine Regierungsform sich für diese Zwecke als schädlich erweist, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und sie auf solchen Grundsätzen aufzubauen

alle

und ihre Gewalten in der Form zu organisieren, wie es zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und ihres Glücks geboten zu sein scheint. ...

1 Aus der Executive Order 13780, proklamiert vom Präsidenten der Vereinigten Staaten am 24. September 2017

alle

Die Einreise in die Vereinigten Staaten ist Angehörigen der folgenden Nationen untersagt:

Tschad, Nord Korea, Iran, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia.

1 Aus der Gründungsproklamation des Staates Israel am 14. Mai 1948

9,10,11,12

Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein;

alle

er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen;

5,6,7,8

er wird auf den Grundlagen der Freiheit, Gleichheit und des Friedens im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein;

alle

er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und es Geschlechts gewähren;

1,2,3,4

er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren;

alle

er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...

1 Aus dem Grundgesetz: Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes, angenommen vom Plenum der Knesseth am 19.7.2018

alle

Das Recht zur Ausübung der nationalen Selbstbestimmung im Staat Israel steht allein dem jüdischen Volk zu. ...

1,2,3,4,5,6

Jerusalem, vollständig und vereint, ist die Hauptstadt Israels.

7,8,9,10,11,12

Der Staat betrachtet die Entwicklung von jüdischen Siedlungen als einen nationalen Wert und wird dafür wirken, ihre Errichtung und Konsolidierung zu ermutigen und zu fördern. ...

1 Aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, wie es am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossen worden ist

2 I. Die Grundrechte. Artikel 1

alle

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

1,2,3,4,5,6

Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

7,8,9,10,11,12

Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

2 Artikel 3

5,6,7,8

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

1,2,3,4,5,6

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

7,8,9,10,11,12

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

2 Artikel 16

alle

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

1 Erweiterung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch das Gesetz vom 28.6.1993

2 Artikel 16a

alle

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

1,2,3

Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.

4,5,6

Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt.

7,8,9

In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelfs vollzogen werden.

10,11,12

Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet.

7,8,9

Es wird vermutet, dass ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, dass er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

4,5,6

Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen;

1,2,3

der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben.

alle

Näheres ist durch Gesetz zu bestimmen.